

Frau Stolfa (PDS):

Meine Anfrage zur Tagesordnung bezieht sich auf folgenden Gegenstand. In den Nachrichten heute früh wurde bekanntgegeben, daß auf der Tagesordnung der heutigen Volkskammersitzung die Diskussion über die Verfassungsgrundsätze stehen würde. Vom Präsidium wurde dieser Tagesordnungspunkt gestrichen. Ist nun dafür - was ich wirklich für sinnvoller halte - in der nächsten Woche ein Tagesordnungspunkt vorgesehen, der statt der mageren Verfassungsgrundsätze einen echten Verfassungsentwurf zur Diskussion vorsieht, zumal in der Tribüne vom 8.6. ...

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höpner:

Ich denke, daß das jetzt weit über Ihre Anfrage zur Geschäftsordnung hinausgeht, wenn Sie noch andere Zeitungen zitieren. Ich kann Ihnen Ihre Frage sehr leicht beantworten. Wir sind vom Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform gebeten worden, dieses Gesetz heute noch nicht in 2. Lesung zu behandeln, sondern im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Staatsvertrages am nächsten Donnerstag auch die 2. Lesung dieses Gesetzes vorzunehmen. Das wird dann auf der Tagesordnung stehen und nichts anderes.

Frau Stolfa (PDS):

—/ Ich möchte meine Frage präzisieren. Mir geht es darum, ob dann wirklich mal ein Entwurf der Verfassung zur Diskussion steht in diesem Haus?

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höpner:

Sie haben eine Anfrage zur Tagesordnung gestellt, wo ein Tagesordnungspunkt geblieben ist, der auf der vorläufigen Tagesordnung stand und nicht mehr auf dieser Tagesordnung. Die Frage habe ich Ihnen beantwortet. Ich kann mir in dieser Tagesordnungsdebatte keine Debatte über die Verfassung aufzwingen lassen.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung sehe ich nicht.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 1:

Fragestunde.

(Drucksache Nr. 60)

Ihnen liegt die Drucksache mit den Fragen vor, und zwar ist das die Drucksache Nr. 60. Das Präsidium hatte die Aufgabe, eine Reihenfolge festzulegen, in der diese Fragen beantwortet werden können. Sie wissen, daß in dieser Woche insgesamt 90 Minuten zur Verfügung stehen. Das Präsidium hat sich entschieden, heute zunächst die Bereiche des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten und des Ministers für Wirtschaft und - falls noch Zeit ist - des Ministers für Finanzen auszuwählen und dafür eine Dreiviertelstunde vorzusehen und die Fragestunde morgen gewissermaßen fortzusetzen und dann vorrangig noch den Bereich des Ministers für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit zu behandeln - falls mehr Zeit ist, auch weitere Fragen -, so daß wir jetzt zu den Fragen kommen können, die den Bereich des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten betreffen. Dazu eine zufällig ausgewählte Reihenfolge innerhalb dieses Bereiches: Ich bitte zunächst den Abgeordneten der Fraktion der PDS Dr. Willerding, seine Frage Nr. 5 zu stellen. - Er ist nicht da. Dann können alle diese Fragen von Dr. Willerding nicht mündlich, sondern nur schriftlich beantwortet werden - wie ich eben höre. Dann kommen wir bitte zur Frage Nr. 1 des Abgeordneten Kney.

Dr. Kney (Die Liberalen):

Herr Präsident! Falls dem Parlament für die nächste Woche eine Aktuelle Stunde zur nächsten Runde der Zwei-plus-Vier-Ge-

sprache zugebilligt werden sollte, hätte ich heute gerne von unserem Außenminister gehört, mit welcher Grundposition er in diese Runde am 22. Juni gehen möchte. Es sei mir vielleicht gestattet, noch hinzuzufügen, daß er auch dem Parlament seinen Vorschlag erklärt, eine Sicherheitszone zwischen der DDR, der CSFR und Polen einzurichten, und auf welche völkerrechtlichen Grundlagen dieser Vorschlag zurückgeht.

(Vereinzelt Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höpner:

Danke schön. Der Minister hat das Wort.

Meckel, Minister für Auswärtige Angelegenheiten:

Diese genannte Idee ist wirklich keine Konzeption und kein Plan des Außenministeriums, mit dem wir in Verhandlungen gehen, sondern es ist eine in verschiedenen Gesprächen und in der Öffentlichkeit genannte Idee der Möglichkeit, in Richtung Osten Sicherheit zu organisieren.

Der Hintergrund ist folgender: Es geht einmal um die Frage einer möglichen NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands. Hierzu hat der Ministerpräsident in den letzten Tagen mehrfach sehr klare Äußerungen auf seiner Reise in Washington gemacht.

Wir haben dann die Frage, wie hier in Richtung Osten Sicherheit verbindlich gedacht und organisiert werden kann. Hierzu habe ich mehrfach verschiedene Ideen genannt, die nebeneinanderstehen, in denen einfach deutlich wird, hier muß intensiv im Gespräch nachgedacht werden, um mit den jeweiligen Partnern Sicherheit so zu organisieren, daß deutlich wird: Einmal nach Westen und zum anderen nach Osten hin müssen die Interessen der jeweiligen jetzigen Verbündeten der beiden deutschen Staaten berücksichtigt werden.

Dies kann man sich in bilateraler Weise vorstellen, man kann es sich vorstellen, daß in Richtung Warschauer Vertrag konsultative Mechanismen weiter gedacht werden. Die Frage ist, ob der Warschauer Vertrag in dieser Weise weiterbesteht als eine politische Organisation. Dies werden die Gespräche weiter zeigen, die ja nach dem Treffen in der letzten Woche in Moskau begonnen haben. Hier gibt es unterschiedliche Intentionen der beteiligten Staaten. Und dann war jetzt diese Idee, von der ich sprach, daß die Möglichkeit gedacht werden kann, mit den Nachbarländern zu Übereinkünften zu kommen, die deutlich machen, ganz konkret: auch geografisch gibt es eine Sicherheitszone, die für die östlichen Länder, also von Deutschland her östlich gelegenen Länder, Sicherheit schafft und damit auch für die Sowjetunion.

Dies ist in Gesprächen angesprochen worden. Es hat an verschiedener Stelle Interesse gefunden. Es ist keine in der Regierung abgestimmte Verhandlungsposition, weil wir darüber noch keine intensive Diskussion und Verhandlungsposition verabredet haben. Dies wird in der nächsten Zeit geschehen. Es müssen Übergangsstrukturen für eine gesamteuropäische Sicherheit gefunden werden.

Bei einer solchen Zone - so war der Gedanke - wäre eine Verflechtung der jetzigen Bündnissituation geschaffen. Wenn also im östlichen Teil Deutschlands für eine Reihe von Jahren noch sowjetische Truppen stehen, dann ist ganz klar, daß die Sowjetunion hier beteiligt ist. Wenn Deutschland unter den bestimmten Bedingungen Teil der NATO ist, dann ist klar, daß dies ein Teil Deutschlands ist, und das heißt, daß es gleichermaßen eine Sicherheit gibt, die der NATO vorgelagert ist.

Gleichzeitig wäre es aber eine trilaterale, daß heißt auch unabhängig von den konkreten Bündnissen, geschehene Verabredung und ein Vertrag, der, auf einer minimalen Ebene gedacht, im Grunde nur so etwas wie ein Sicherheitsvertrag, Nichtangriffspakt mit Verifikationssystemen wäre. Und wenn man es sehr intensiv denken will, (was eine gewisse Absurdität hat und den Übergangscharakter deutlich macht) direkt als ein Militärbündnis.